

N i e d e r s c h r i f t

RAT/013/2016

**über die öffentliche Sitzung
des Rates der Stadt Rheine
am 31.05.2016**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder des Rates:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Dominik Bems	SPD	Ratsmitglied
Frau Sarah Böhme	SPD	Ratsmitglied
Frau Elke Bolte	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Gerhard Cosse	SPD	Ratsmitglied
Frau Isabella Crisandt	SPD	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Nina Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied

Herr Dennis Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Ratsmitglied
Herr Fabian Lenz	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Mirko Remke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Manfred Brinkmann	Vors. AR Stadtwerke	(zu TOP 13)
Herr Falk Toczowski	Vors. AR TaT	(zu TOP 11)
Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot	Geschäftsführer Stadtwerke	
Raimund Hötter	Geschäftsführer Wohnungsgesell- schaft	(zu TOP 8 und 9)
Frau Anne Leiwering-Muldbücker	Projektverantwortli- che EWG	(zu TOP 4)
Frau Ulrike Kelle	Mitarbeiterin Stadt- marketing EWG	(zu TOP 4)

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Frau Christine Karasch	Beigeordnete
Herr Raimund Gausmann	Beigeordneter
Herr Jürgen Grimberg	Leiter Fachbereich 7
Herr Theo Elfert	Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied

Bürgermeister Dr. Peter Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine am Weltnichtrauchertag 2016 und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist Herr Dr. Lüttmann auf die Tischvorlage 212/16 „Chronische Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen in NRW – Antrag der CDU-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution“ und schlägt vor, die Vorlage als TOP 14 zu behandeln.

Herr Hachmann begründet die Dringlichkeit der Resolution und entschuldigt sich gleichzeitig für den kurzfristigen Antrag, der aber mit der genauso kurzfristigen Einbringung des Gesetzentwurfes im Landtag zu tun habe.

Frau Stockel lehnt für die SPD-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung ab, weil ihre Fraktion nicht genügend Zeit gehabt habe, sich mit dem Inhalt des CDU-Antrages ausgiebig zu beschäftigen.

Herr Dr. Lüttmann lässt über den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung abstimmen. Mit 28 Ja-Stimmen und bei 12 Nein-Stimmen sprechen sich die Ratsmitglieder mehrheitlich dafür aus, die Vorlage 212/16 als TOP 14 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung am 19.04.2016

0:04:45

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19.04.2016 gefassten Beschlüsse

0:05:00

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Unterbringung von Flüchtlingen in Rheine

0:05:15

Herr Dr. Lüttmann informiert darüber, dass er in der letzten Woche mit der Regierungsvizepräsidentin telefoniert habe, die in dem Gespräch nochmals bekräftigt habe, dass es nach wie vor beabsichtigt sei, dem Innenministerium vorzuschlagen, die Theodor-Blanck-Kaserne als eine zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes zu nutzen, sobald die Bundeswehr Ende des Jahres 2017 die Kaserne verlassen habe.

Ferner teilt Herr Dr. Lüttmann mit, dass zurzeit die Zelte auf dem Gelände der Damloup-Kaserne auf ihren Zustand hin überprüft würden. Er gehe davon aus, dass die Zelte der „ersten Stunde“ zurückgebaut würden. Ferner prüfe die Bezirksregierung, ob übergangsweise weitere Gebäude anstatt der Zelte genutzt werden könnten.

Darüber hinaus merkt Herr Dr. Lüttmann an, dass es seit Anfang des Jahres kaum noch Zuweisungen von Flüchtlingen gebe, allenfalls nur noch Personen im Rahmen der Familienzusammenführung. Das bringe die Stadt Rheine in die glückliche Situation, z. Zt. 470 freie Plätze vorhalten zu können. Dieses führe dazu, dass die seinerzeit belegten Turnhallen so schnell wie möglich wieder für den Schul- und Vereinssport freigegeben würden.

Herr Gausmann trägt den Inhalt des folgenden Vermerkes ergänzend vor:

„Im II. Halbjahr 2015 waren die Flüchtlingszuweisungen für die Stadt Rheine sprunghaft gestiegen. Trotz der Anrechnung von 525 Plätzen der Notunterkunft des Landes NRW auf dem Gelände der Damloup-Kaserne musste Rheine bis zum Jahresende 2015 mehr als doppelt so viele Menschen unterbringen als noch im Jahr 2014. Daraufhin wurde das Konzept zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen in Rheine angepasst (Vorlage 464/15), um die Wohnraumkapazitäten zu erweitern.

In der Haushaltsplanung für das Jahr 2016 wurde mit 736 Neuzuweisungen gerechnet. Seit Jahresbeginn hat das Land NRW seine Zuweisungspraxis angepasst, zudem erfolgten auf bundes- und europapolitischer Ebene Veränderungen, so dass die Zuwanderung in Deutschland und in NRW aktuell rückläufig ist.

Dementsprechend hat die Stadt Rheine seit Jahresbeginn nur vereinzelt neue Zuweisungen, zumeist Familienzusammenführungen, erhalten, so dass aktuell 833 Menschen in städtischen Wohneinheiten untergebracht sind (Stand 30.04.2016). Prognosen zur weiteren Entwicklung sind nicht möglich.

Angesichts der dargestellten Entwicklung verfügt die Stadt Rheine bis zum Jahresende 2016 über ca. 470 freie Wohnplätze, die sich auf angemietete/angekaufte Objekten, auf das Gebäude 5 Damloup-Kaserne, auf mobile Wohneinheiten sowie auf die ehem. Antoniusschule verteilen. Die rechnerische Ermittlung der Platzzahlen erfolgte unter der Annahme, dass unter Berücksichtigung der Belange von ethnischen Gruppen, von Familien oder Menschen mit Behinderung keine maximale, sondern eine angemessene Belegung der Wohneinheiten erfolgt.

Die Stadt Rheine geht ab 1. Juni 2016 zunächst von wöchentlichen Zuweisungen von 20 Personen/Woche aus. Dabei handelt es sich um eine vorsichtige Schätzung, da wie oben ausgeführt keine gesicherten Erkenntnisse über die Entwicklung der Zuwanderungssituation vorliegen. Die vorhandenen bzw. noch in der Fertigstellung befindlichen Kapazitäten reichen dann bis Ende Dezember 2016.

Daher hat der Verwaltungsvorstand beschlossen, in Bezug auf die weitere Entwicklung von Wohnraum folgende Anpassungen vorzunehmen:

1. Alle bisher belegten bzw. eingerichteten Turnhallen sollen unverzüglich wieder dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung gestellt werden. Noch verwertbares Material sowie Einrichtungsgegenstände werden eingelagert.
2. Es erfolgen bis auf weiteres keine neuen Vertragsabschlüsse für die Anmietung/den Ankauf von Wohnraum. Eine Angebotsliste wird für den Bedarfsfall geführt, dass die Zuweisungen wieder deutlich zunehmen.
3. Der Bau und Bezug der mobilen Wohneinheiten Dille, Jägerstraße, Dionysiusstraße und Emsland-Stadion erfolgte (Standort Dille) bzw. erfolgt planmäßig. Eine Entscheidung über den Bau der Wohnanlage an der Paschenaustraße sowie der „Umnutzung“ der sechsten mobilen Wohneinheit in eine mobile Kindertageseinrichtung wird nach den Sommerferien getroffen.
4. Die Umsetzung des Baues von Häusern in sog. Holzrahmenbauweise wird derzeit nicht weiter verfolgt.

Nach den Sommerferien bzw. bei einer gravierenden Änderung der Zuweisungssituation wird der Rat erneut informiert.

Die Stadt Rheine bedankt sich bei allen Partnern für die bisherige Unterstützung bei der Unterbringung und der Betreuung von Flüchtlingen. Dank der breiten Unterstützung der Rheinenser Bevölkerung ist es gelungen, eine vorbildliche Willkommenskultur zu etablieren. Damit die Integration der Zuwanderer weiterhin erfolgreich gelingt, wird nach Gründung der neuen Fachstelle Migration und Integration am 01.05.2016 nun schwerpunktmäßig an der Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes gearbeitet.

Die nächsten Termine im Überblick:

- | | |
|---------------|--|
| 2. Juni 2016 | 3. Treffen des Bündnis Flüchtlingsengagement |
| 8. Juni 2016 | Informationsveranstaltung mobile Wohneinheiten Jägerstraße und Dionysiusstraße
17 Uhr bis 18:30 Uhr: Wohnungsbesichtigung Jägerstraße
20 Uhr Infoveranstaltung im Foyer der Overberg-Hauptschule |
| 13. Juni 2016 | Sitzung des Integrationsrates & |
| 14. Juni 2016 | Sitzung des Sozialausschuss: Vorstellung der Eckpunkte zur Fortschreibung des Migrations- und Integrationskonzeptes" |

4. Beitritt zum Gesunde-Städte-Netzwerk
Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom
16.02.2016
Vorlage: 169/16

0:12:25

Herr Hachmann erläutert, dass zu der Thematik eine sehr gute Veranstaltung durchgeführt worden sei, in der die Vorteile durch den Beitritt zum „Gesunde-Städte-Netzwerk“ durch die Referenten aufgezeigt worden seien. Der heute zu fassende Beschluss sei der erste Schritt, dem dann inhaltliche Beschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt folgen müssten. Er glaube, dass der Beitritt der Stadt Rheine als „gesunde Stadt“ mit dem Mathias-Spital und den anderen Gesundheitseinrichtungen Rheine auf diesem Gebiet voranbringen werde und bittet deshalb um Zustimmung.

Herr Reiske ergänzt, dass das Marketingkonzept der EWG „Alles gesund hier“ untermauert werden müsse, damit die Stadt insgesamt im Gesundheitsbereich gut aufgestellt sei. Gerade das Segment „Gesundheitsförderung“ wollten GRÜNE und CDU mit diesem Antrag in den Vordergrund stellen. U. a. sei die Grafschaft Bentheim in dieser Thematik bereits schon unterwegs. Dahinter müsse sich Rheine aber nicht verstecken; Rheine könne aber hier noch besser werden. Insofern bittet auch er um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Herr Brauer beklagt, dass die finanziellen Auswirkungen in der Vorlage nicht angegeben seien, zumal die Stadt einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 200,00 € jährlich zahlen müsse. Ebenso würden für 2 Personen jährliche Reisekosten für die Teilnahme an der Mitgliederversammlung entstehen.

Herr Brunsch glaubt, dass es bei den von Herrn Brauer genannten Beträgen nicht bleiben werde. Da es sich hierbei um eine 100%ige freiwillige Aufgabe handele, werde die FDP-Fraktion bei den Rekordsteuersätzen und dem Haushaltsdefizit von 3 Mio. Euro dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, zumal bei der EWG auch noch die beiden EFRE-Projekte vorhanden seien.

Frau Floyd-Wenke hält das Projekt für fantastisch, sodass es gefördert werden sollte. Insofern könne sie dem Beschlussvorschlag zu Ziffer 1 uneingeschränkt zustimmen. Mit dem Beschlussvorschlag unter Zimmer 2 habe sie aber große Probleme, denn es könne nicht angehen, dass eine solche Aufgabe bei der EWG angesiedelt würde und alle weiteren Entscheidungen in dieser Angelegenheit in nicht öffentlichen Sitzungen des Aufsichtsrates getroffen würden. Das Projekt habe nichts mit Wirtschaftsförderung zu tun.

Herr Ortel signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages, erklärt aber, dass auch er mit der Ziffer 2 des Beschlussvorschlages Probleme habe. Offensichtlich sei die Belastung der Beschäftigten bei der EWG noch nach oben hin ausdehnungsfähig. Ziffer 2 des Beschlussvorschlages sei eigentlich eine Aufforderung, den Personalschlüssel der EWG nochmals unter die Lupe zu nehmen, was seine Fraktion auch bei den kommenden Haushaltsplanberatungen machen werde.

Wenn die AfR heute dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, geschehe dieses, weil der Ansatz der Maßnahme zu begrüßen sei. Seine Fraktion gehe davon aus, dass alle, die heute dem Beschlussvorschlag zustimmen würden, bei weiterführenden Projekten mit größeren finanziellen Auswirkungen nicht automatisch zustimmen würden.

Herr Reiske stellt fest, dass die Maßnahme unter einem Finanzierungsvorbehalt stehe. Das heiße, dass später im Detail genau geprüft werden müsse, welche Mittel für welche Projekte zur Verfügung gestellt würden.

Er wundere sich jedoch über die Argumentation der FDP-Fraktion, deren Wählerklientel, nämlich Ärzte und Apotheker, im Vorfeld diese Maßnahme begrüßt hätten, damit der Gesundheitsstandort Rheine noch weiter verbessert werden könne.

CDU und GRÜNE wollten die Maßnahme bei der EWG ansiedeln, weil es hierbei auch um Wirtschaftsförderung gehe, denn der Tertiärsektor sei inzwischen der Hauptarbeitgeber.

Auch Herr Hachmann bestätigt, dass die CDU-Fraktion die Kosten dieser Maßnahmen sehr wohl im Blick haben werde und sich stets die Frage stellen werde, welche Maßnahmen sinnvoll und kostengünstig umsetzbar seien.

Herr Brunsch bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Reiske und erklärt, dass in der Aufsichtsratssitzung einige Dinge vorgestellt worden seien, mit denen die FDP-Fraktion nicht leben könne. Und im Übrigen seien die Ärzte und Apotheker für den Haushalt der Stadt Rheine nicht verantwortlich.

Herr Ortel stellt fest, dass der von Herrn Reiske erwähnte Finanzierungsvorbehalt weder Bestandteil des Antrages noch des Beschlussvorschlages sei.

Frau Floyd-Wenke vermisst in der Vorlage Aussagen über positive Maßnahmen, die durch den Beitritt zum Netzwerk konkret für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entstehen würden. Auch sei nicht erwähnt, welche Initiativen aus der Bürgerschaft mit eingebunden würden.

Herr Reiske verweist Frau Floyd-Wenke auf das der Vorlage beigefügte Arbeitsprogramm, in dem sie die Antworten zu ihren Fragen finden könne.

Auf die Aussagen von Herrn Brunsch eingehend, merkt Herr Reiske an, dass, falls die Stadt Rheine künftig keine freiwilligen Aufgaben mehr übernehmen wolle, die Entwicklung der Stadt nicht mehr voran gebracht werden könne.

Herr Dr. Lüttmann erinnert daran, dass der Rat vor seiner Zeit das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept 2025 beschlossen habe. Dabei sei einstimmig zum Ausdruck gebracht worden, Rheine zum Gesundheitsstandort auszubauen. Bei der heutigen Ratsentscheidung gehe es noch nicht um konkrete Projekte und Maßnahmen, sondern nur um den Beitritt zu einem Netzwerk. Wenn dann zu einem späteren Zeitpunkt konkrete Maßnahmen, die für die positive Entwicklung der Stadt Rheine von Bedeutung seien und finanzielle Auswirkungen hätten, zur Entscheidung anstünden, dann sei hierüber im Einzelfall zu beschließen.

Dass diese Aufgabe bei der EWG angesiedelt werden solle, liege daran, dass Rheine ein „Standort der guten Arbeitgeber“ sei und dieses die wirtschaftliche Bedeutung von Rheine unterstreiche.

Frau Leiwering-Muldbücker stellt noch mal heraus, dass die EWG auf Wirtschaft, Arbeit und Qualifikation ausgerichtet sei. Sie gesteht aber auch ein, dass die EWG mit dem Beitritt zum „Gesunde-Städte-Netzwerk“ Neuland betrete. Allerdings habe die EWG in ihrer Marketingkampagne, die Rheine als Standort nach vorne bringen solle, das Thema „Gesundheit“ noch stärker in den Vordergrund gebracht, sodass das erforderliche Potential für diese Angelegenheit bei der EWG vorhanden sei. Welche zeitliche Belastung der Beitritt zum Netzwerk für sie persönlich bedeuten werde, bleibe abzuwarten.

Konkrete Projekte seien natürlich Voraussetzung für die Allgemeinheit. Die Zusammenarbeit mit der Mathias-Hochschule würde Synergieeffekte bringen, die sicherlich sehr hoch für einen Hochschulstandort zu bewerten seien. Auch psychische Erkrankungen könnten ein Thema sein, ebenso wie die Nähe zum EFRE-Projekt in der Damloup-Kaserne „Gesundes Wohnen“.

Frau Kelle ergänzt, dass die EWG mit verschiedenen Akteuren im Gesundheitsbereich gesprochen und dabei auch die Frage gestellt habe, wo es einen Bedarf gebe. Alle Betroffenen hätten es begrüßt, wenn man sich künftig in einem arbeitsfähigen Gremium regelmäßig treffe, um Inhalte und Veranstaltungen zum Thema Gesundheit zu bündeln. Dieses könne ohne großen Aufwand auf der Internetseite „Alles gesund hier“ sichergestellt werden. Selbstverständlich könne diese Organisationsstruktur auch noch erweitert werden, denn der Gesundheitsbereich sei weit gefasst. Bevor weitere Schritte unternommen würden, würde selbstverständlich die Politik eingebunden werden, denn in der Vorlage heiße es, dass alle weiteren Schritte mit dem Aufsichtsrat abzustimmen seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst auf Empfehlung des Aufsichtsrates der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (EWG) folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Rheine tritt zum nächstmöglichen Zeitpunkt dem Gesunde Städte Netzwerk bei, befürwortet die Ziele der Gesunde Städte-Konzeption und erklärt sich mit den Zielen und Inhalten der Ottawa Charta von 1986 einverstanden.
2. Der Rat der Stadt Rheine betraut gemäß dem Antrag der Fraktionen von CDU und von Bündnis 90/Die Grünen vom 16.02.2016 die EWG mit der Koordinierungsfunktion für die kommunale Gesunde Städte Arbeit (vgl. Punkt 2 des 9-Punkte-Programms – Anlage 3 der Vorlage) und benennt Frau Anne Leiwering-Muldbücker als verantwortliche Ansprechperson/Koordinatorin und Frau Ulrike Kelle als deren Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

37 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

5. Reihenfolge der allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters im Amt
Vorlage: 152/16

0:37:45

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine bestimmt die Reihenfolge zur allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters bei Verhinderung des allgemeinen Vertreters wie folgt:

1. Frau Christine Karasch
2. Herr Raimund Gausmann

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Änderungen in der Besetzung des Sozialausschusses
- Antrag der SPD-Fraktion vom 10.05.2016
Vorlage: 081/16

0:38:20

Herr Reiske stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den ergänzenden Antrag, ihn anstelle von Herrn Hermann Raatgering zum Mitglied in den Aufsichtsrat der EWG zu bestellen, denn Herr Raatgering habe heute seinen Verzicht auf dieses Mandat gegenüber der Verwaltung erklärt.

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Antrag der SPD-Fraktion die folgende Ergänzung in der Besetzung des

Sozialausschusses:

Zusätzl. stellv. Mitglied: SB Markus Rammler, Zum Kalvarienberg 12 a, 48432 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ferner beschließt der Rat auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die folgende Änderung in der Besetzung des

Aufsichtsrates der EWG:

Mitglied: RM Michael Reiske anstelle von Herrn Hermann Raatgering.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. 15. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine
- Öffentliche Bekanntmachungen
Vorlage: 146/16**

0:40:50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die folgende 15. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Rheine:

**15. Änderungssatzung
zur Hauptsatzung der Stadt Rheine
vom _____**

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666) zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV NRW S. 496), hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 31. Mai 2016 mit Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder des Rates die folgende 15. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rheine beschlossen:

**§ 16
Öffentliche Bekanntmachungen**

1. Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Rheine, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden durch Bereitstellung im Internet unter www.rheine.de vollzogen, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist. Dies gilt auch, wenn durch Rechtsvorschrift ortsübliche Bekanntmachung vorgeschrieben ist. Nachrichtlich wird auf die erfolgte Bereitstellung und die Internetadresse in der "Münsterländischen Volkszeitung" hingewiesen. Soweit eine öffentliche Bekanntmachung im Internet gesetzlich nicht für zulässig oder nicht für ausreichend erklärt wird, wird sie durch einmaligen Abdruck in der "Münsterländischen Volkszeitung" vollzogen.
2. Abs. 2 wird unverändert beibehalten.

**§ 19
Inkrafttreten**

Diese 15. Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
- Feststellung Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 178/16**

0:41:25

Herr Brunsch, Herr Ortel und Frau Floyd Wenke erklären, dass sie sich bei den folgenden Abstimmungen der Stimme enthalten würden, weil in den betroffenen Gremien Vertreter ihrer Fraktionen nicht vertreten seien.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, den vorgelegten Wirtschaftsplan 2017 der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH gem. § 6 (5) Buchstabe e des Gesellschaftsvertrages festzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

**9. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH - Jahresabschluss
2015
Vorlage: 179/16**

0:42:30

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen. Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Ratssitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt Herrn Mathias Krümpel als persönlichen Stellvertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - a) Der Jahresabschluss 2015, abschließend mit einer Bilanzsumme von 12.269.200,89 Euro, wird in der vorgelegten Form festgestellt.

- b) Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 60.993,72 Euro wird in das Jahr 2016 vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

- c) Der Geschäftsführung und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern werden für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

**10. Beschlussfassung über den Jahresabschluß der Firma "Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH" für das Geschäftsjahr 2015
Vorlage: 156/16**

0:45:05

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen. Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Ratssitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt Herrn Mathias Krümpel, als persönlichen Stellvertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann, in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2015, abschließend mit einer Bilanzsumme von 116.648,69 €, wird in der vorgelegten, vom Wirtschaftsprüfer Konermann, 48431 Rheine, geprüften Form festgestellt.
- b) Der Jahresüberschuss in Höhe von 11.249,15 € soll der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern werden für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
- Jahresabschluss 2015
Vorlage: 170/16**

0:46:25

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen. Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Ratssitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Rat des Stadt Rheine beauftragt Herrn Mathias Krümpel als persönlichen Vertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann in der Gesellschafterversammlung der TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

2. Der Rat des Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2015, abschließend mit einer Bilanzsumme von 1.660.257,69 EUR, wird in der von der Steuerberatersozietät Winter & Partner Steuerberatungsgesellschaft PartG mbB erstellten und geprüften Form festgestellt.

In der Bilanz zum 31. Dezember 2015 wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 775.647,43 EUR ausgewiesen. Die Gesellschafterin hat im Jahr 2015 eine Einlage in Höhe von 65.600,00 EUR geleistet, um die Gesellschaft mit dem für ihre Tätigkeit notwendigen Kapital auszustatten."

- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 92.065,33 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen

- c) Der Geschäftsführung und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 6 Stimmenthaltungen

**12. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH
- Jahresabschluss 2015
Vorlage: 171/16**

0:47:25

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen. Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Ratssitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt Herrn Mathias Krümpel als persönlichen Stellvertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

2. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:
- a) Die Gesellschafterversammlung der EWG für Rheine mbH stellt gemäß § 7 (10f) des Gesellschaftsvertrages den Jahresabschluss 2015 bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2015, der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 und dem Anhang sowie dem Lagebericht fest. Die Bilanzsumme beträgt 2.192.714,13 EUR, der Jahresfehlbetrag wird mit 817.768,34 EUR ausgewiesen. Jahresabschluss und Lagebericht wurden durch den Wirtschaftsprüfer Ernst August Lührmann gemäß § 316 HGB geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.
- b) In der Bilanz zum 31. Dezember 2015 wird eine Kapitalrücklage in Höhe von 2.299.601,39 EUR ausgewiesen. Die Gesellschafterin leistet die Einlage, um die Gesellschaft mit dem für ihre Tätigkeit notwendigen Kapital auszustatten. Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2015 in Höhe von 817.768,34 EUR wird mit der Kapitalrücklage verrechnet,

so dass zum 1. Januar 2016 eine Kapitalrücklage in Höhe von 1.481.833,05 EUR verbleibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

- c) Der Geschäftsführung und den anderen Aufsichtsratsmitgliedern werden für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen

13. Stadtwerke Rheine GmbH - Jahresabschluss 2015 Vorlage: 177/16

0:48:50

Herr Brinkmann gibt seine Stellungnahme zu Protokoll (Anlage 1)

Herr Dr. Lüttmann erklärt sich zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages für befangen. Herr Bonk übernimmt zur Abstimmung über Ziffer 1 die Leitung der Ratssitzung.

Die anderen Aufsichtsratsmitglieder erklären sich zu Ziffer 2 c für befangen und nehmen zur Abstimmung hierüber im Zuhörerraum Platz.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine beauftragt Herrn Mathias Krümpel als persönlichen Stellvertreter von Herrn Dr. Peter Lüttmann, in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Aufsichtsratsmitglied der Stadtwerke Rheine GmbH Herrn Dr. Peter Lüttmann wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. a) Feststellung des Jahresabschlusses

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Der Konzernabschluss 2015, der mit einer Bilanzsumme von 91.437.782,43 EUR abschließt, wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates in der vorgelegten Form festgestellt.
- Der Jahresabschluss 2015 der Stadtwerke Rheine GmbH, der mit einer Bilanzsumme von 47.268.620,82 EUR abschließt, wird auf Empfehlung des Aufsichtsrates in der vorgelegten Form festgestellt.

b) Ergebnisverwendung

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgenden Beschluss zu fassen:

Auf Empfehlung des Aufsichtsrates wird der Jahresüberschuss der Stadtwerke Rheine GmbH in Höhe von 635.837,88 EUR an den Gesellschafter Stadt Rheine ausgeschüttet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Entlastung des Aufsichtsrates

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt den Vertreter der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Herrn Dr. Peter Lüttmann, folgende Beschlüsse zu fassen:

ca) „Den anderen Aufsichtsratsmitgliedern der Stadtwerke Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

cb) Die Muttergesellschaft/Dachgesellschaft Stadtwerke Rheine GmbH stimmt zu, dass der/die Vertreter der Stadtwerke Rheine GmbH/Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH in den Gesellschafterversammlungen der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH, Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH, der Rheiner Bäder GmbH und der RheiNet GmbH, folgende Beschlüsse fasst:

„Dem Aufsichtsrat der Energie- und Wasserversorgung Rheine GmbH wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine mbH wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der Rheiner Bäder GmbH wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

„Dem Aufsichtsrat der RheiNet GmbH wird für das Geschäftsjahr 2015 gemäß § 12 Buchstabe f des Gesellschaftsvertrages Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Chronische Unterfinanzierung der Kindertageseinrichtungen in NRW
- Antrag der CDU-Fraktion auf Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: 212/16

0:51:10

Herr Wilp erläutert, dass es bei der Resolution um ein für alle Kommunen außerordentlich wichtiges Thema gehe, nämlich um die Kindertagesstätten. Diese würden nicht nur die Betreuung von Kindern, sondern auch die Erziehung und Bildung sicherstellen. Im Haushaltsplan 2016 seien für diesen Bereich knapp 18 Mio. Euro ausgewiesen, Tendenz steigend. Bei einem so kostenintensiven Bereich müsse großen Wert darauf gelegt werden, dass die Finanzierung stimmig sei. Für die Kostensteigerung im Vergleich zum Vorjahr seien vom Land 1,5 % angesetzt worden, was bei den derzeitigen Tarifabschlüssen nicht schlüssig sei. Auch der Elternbeitrag von 19 % sei nicht realistisch. Es würden max. 14 % erreicht, so dass die Differenz von 5 % zulasten der Stadt gehe.

Für Bildung und Erziehung übernehme das Land die kompletten Personalkosten. Da in den Kitas Erziehung und Bildung immer größere Priorität beigemessen werde, sei es auch nicht verwerflich, bessere finanzielle Unterstützungen vom Land einzufordern.

Er habe in der Zeitschrift „Landtag intern“ vom 18. Mai 2016 gelesen, dass das Plenum bereits am 12. Mai den ersten Gesetzentwurf zur Änderung des Kinderbildungsgesetzes beraten und die Weiterberatung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend verwiesen habe. Wenn die Resolution bei dieser Beratung noch berücksichtigt werden solle, müsse der Rat sie in der heutigen Sitzung verabschieden. Ein einstimmiger Ratsbeschluss wäre nicht nur für die Außenwirkung wünschenswert.

Herr Ortel stellt fest, dass es zum wiederholten Mal um das Konnexitätsprinzip gehe, wonach der Gesetzgeber für das, was er beschlossen habe, auch die finanzielle Absicherung vorzunehmen habe. Er könne der Resolution zustimmen, vermisste aber in dem Antrag den Adressaten.

Herr Wilp antwortet, dass die Resolution sowohl an den Landtag als auch an die Landesregierung adressiert werden sollte.

Frau Stockel stellt klar, dass es der SPD-Fraktion nicht darum gehe, eine auskömmliche Finanzierung der Kitas zu verhindern. Vielmehr habe die Zeit gefehlt, um sich inhaltlich mit dem Antrag der CDU-Fraktion auseinanderzusetzen. Aus diesem Grunde werde die SPD-Fraktion heute der Verabschiedung der Resolution nicht zustimmen können.

Frau Böhme weist darauf hin, dass die Landesregierung das Gesetz zur überbrückenden Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Tagesbetreuung novellieren möchte. Das Land werde dafür 331 Mio. Euro aus dem Bereich der Betreuung in den Bereich der Kitas umschieben, sodass dadurch schon die Punkte 1, 2 und 5 der Resolution hinfällig seien.

Weiterhin würden 100 Mio. Euro an Zuschüsse für Investitionen in den Ü-3-Bereich gegeben. Darüber hinaus würden mindestens 100,00 bis 400,00 Euro jährlich pro Kind ab dem 1. August dieses Jahres zur Stabilisierung der Finanzsi-

tuation bei den Trägern pauschal gewährt, was wiederum die Punkte 1, 2 und 3 der Resolution betreffe. Auch die Kinderpauschalen würden ab dem 1. August 2016 von 1,5 % auf 3 % erhöht, was erneut einen Betrag von 200 Mio. Euro ausmache.

Dieses mache deutlich, dass die Landesregierung die Problematik erkannt habe, sodass die von der CDU-Fraktion geforderte Verabschiedung der Resolution hinfällig sei.

Frau Floyd-Wenke erinnert daran, dass die Fraktion DIE LINKE seinerzeit im Landtag eine gänzlich andere Vorstellung zur Revision und Ausgestaltung des KiBiz-Gesetzes gehabt habe. Da sie keine dieser Positionen in der heutigen Resolution wiederfinde, sehe sie auch keinen Grund, dem CDU-Antrag zuzustimmen.

Herr Fühner appelliert als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses an alle Ratsmitglieder, dieser Resolution zuzustimmen, denn seit Jahren würde sich der Jugendhilfeausschuss in fast jeder seiner Sitzungen intensiv mit der Betreuung von Kindern im Vorschulalter beschäftigen. In der letzten Kindergartenbedarfsplanung für das kommende Kindergartenjahr, das am 1. August 2016 beginne, habe der Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis nehmen müssen, dass rd. 160 KiTa-Plätze mangels entsprechender Einrichtungen fehlen würden. Es sei insofern wichtig, dass der Rat in seiner heutigen Sitzung ein Zeichen setze, um damit nach außen hin zu zeigen, dass er das Thema der Kinderbetreuung sehr ernst nehme. In dem Wissen, dass es in den letzten Jahren immer weniger Bewerber für die Übernahme einer Trägerschaft für Kitas gegeben habe, sollten alle Fraktionen der Resolution zustimmen, denn die von Frau Böhme genannten Zahlen würden nur einen „Tropfen auf dem heißen Stein“ darstellen.

Nach der sich anschließenden kontroversen Diskussion über den Zeitpunkt der Einbringung der Resolution, an der sich Herr Wilp, Herr Cosse, Frau Floyd-Wenke, Herr Reiske, Frau Leskow, Herr Ortel, Herr Hachmann und Herr Fühner beteiligen, unterbreitet Herr Dr. Lüttmann den Kompromissvorschlag, die Resolution ggf. in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 16. Juni beschließen zu lassen, wenn es dann in diesem Gremium zu einem einvernehmlichen Beschluss kommen könnte. Dieser Termin sei auch zeitgerecht, weil das Gesetz erst am 29. Juni vom Landtag beschlossen würde.

Da auch dieser Vorschlag abgelehnt wird, lässt Herr Dr. Lüttmann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Resolution an den Landtag und die Landesregierung NRW.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen
 13 Nein-Stimmen

15. Einwohnerfragestunde

1:21:10

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

16. Anfragen und Anregungen

16.1. WLAN in Großraumunterkünften für Flüchtlinge in Rheine - Antrag der CDU-Fraktion vom 30.05.2016

1:21:25

Herr Hachmann stellt für die CDU-Fraktion den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag zur Beratung an den Sozialausschuss zu verweisen.

Dem wird nicht widersprochen.

16.2. Baumpflanzaktion am Tag der Umwelt

1:22:45

Herr Cosse verweist auf die in den letzten Jahren aufgebaute Tradition, wonach von der Firma apetito gesponserte kleine Bäume für Kinder, die am Tag der Umwelt am 5. Juni im Mathias-Spital geboren wurden, am Heimathaus Hovesaat gepflanzt worden seien. Er habe gehört, dass diese Aktion jetzt ersatzlos gestrichen werden solle.

Herr Reiske antwortet, dass er dieses Thema auch in der gestrigen Fraktionssitzung angesprochen habe, an der auch die Herren Neuber, Twesten und Wolters von den Technischen Betrieben teilgenommen hätten. Demnach sei es zutreffend, dass die Technischen Betriebe von der Baumpflanzaktion Abstand genommen hätten, weil die Fläche an der Hovesaat für weitere Anpflanzungen nicht mehr ausreichend sei und der Heimatverein die Pflege der Bäume nicht mehr übernehmen möchte.

Die Technischen Betriebe würden aber prüfen, wie und wo diese Tradition unter anderen Gegebenheiten fortgeführt werden könne.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:25 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Theo Elfert
Schriftführer

